



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/X/243 - 20.10.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 030 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Sinn des Kampfes an der Saar	S. 1
Erich <u>Dillenbauer</u> : Zum 10. Jahrestag der Vereinten Nationen	S. 3
Warum Essen zum Bistum erhoben wurde	S. 5
Blank und der Bundesgrenzschutz	S. 6

Ein Stück praktischer Wiedervereinigungspolitik

A.E. An der Saar wird am kommenden Sonntag auch über ein Stück deutschen Schicksals entschieden. Das macht diesen Tag zu einem bedeutenden Datum in der deutschen Wackkriegsgeschichte. Die Saarländer wissen von dieser ihrer Verantwortung, und die Größe der Entscheidung, um die es geht, erklärt auch die Heftigkeit der Auseinandersetzung. Im Grunde genommen ist es ein Kräftemessen zwischen den Profiteuren des Zusammenbruchs von 1945 und den Kräften, die sich selbst wiedergefunden haben und zu neuen Ufern streben. Mit der Abstimmung wird entschieden, ob die Brücke zum deutschen Mutterland gehalten oder für unübersehbare lange Zeit abgebrochen werden soll. Die Schöpfer des Saarstatutes haben, als sie es unterschrieben, eine solche Deutung nicht ins Kalkül gezogen. Dafür hat es die Saarbevölkerung getan. Dies allein gibt dieser Abstimmung am 23. Oktober politisches Gewicht und zukunftsweisende Bedeutung.

Die kalte Annektion der Saar war ein einseitiger Akt Frankreichs. Keine andere Siegermacht hat ihn völkerrechtlich anerkannt. Der Wille Frankreichs, sich einen Beuteanteil beim deutschen Zusammenbruch zu sichern, war nach all dem Vorangegangenen wohl verständlich, aber politisch unklug. Kein erstzunehmender deutscher Politiker hat Frankreichs Anspruch auf Reparationen für die ihm vom Dritten Reich zugefügten Schäden bestritten, aber diesem Recht auf Reparationen kann nicht einseitig zu Lasten eines Teiles des deutschen Volkes entspro-

chen werden. Dagegen wehren sich die Saardeutschen, nachdem sie so lange zum Schweigen verurteilt waren. Das Saarstatut verlängert die französische Vorherrschaft an der Saar für unbestimmte Dauer.

Im Schatten der französischen Annexion des Saargebietes etablierte sich ein Regime, das sich als verlängerter Arm von Paris betrachtete, ein Regime des Polizeiterrors, der Unterdrückung politischer Freiheiten und Menschenrechte. Das Regime Hoffmann ist das Produkt einer Siegemacht und des deutschen Zusammenbruchs; darin lag zunächst die Stärke seiner Position. Im Strudel jener beispiellosen Katastrophe, in dem jeder Zusammenhang verloren zu gehen, das deutsche Volk als politisch handelnde Gemeinschaft ausgelöscht schien, und jeder zunächst nur an sich selbst dachte, konnte der Separatismus wirksam werden. Er lockte mit der Verheissung, in der schützenden Umarmung einer Siegemacht den Folgen der Niederlage des eigenen Volkes entgehen zu können. Jedoch: die Demontage von Fabriken ist zu verschmerzen, die Demontage vom Volkskörper aber hinterlässt Bitternis und unheilvolle Wunden. Das haben Hoffmann und seine französischen Protektoren übersehen.

Was früher die - allerdings zeitlich sehr begrenzte - Stärke der Hoffmann-Regierung gewesen sein mag, erweist sich heute als ihre tödliche Schwäche. Am Ende des ersten Jahrzehnts nach dem Zusammenbruch gibt es keinen Raum und keinen Boden mehr für separatistische Bestrebungen, betrachten sich Völker oder Teile von Völkern nicht mehr als Spielball höherer Gewalten oder fremder Interessen. Auch die Deutschen nicht. Vor noch nicht allzu langer Zeit ging die Bemerkung eines Schweizer Journalisten durch die Welt, das deutsche Volk sei ein Teig, der sich nach Belieben kneten und formen lasse. Es habe kein inneres Schwergewicht, kein gesundes Nationalgefühl mehr, es sei eine Potenz, die nicht von sich aus mehr, sondern nur durch andere Kräfte und Mächte wirken könne.

Die Abstimmung an der Saar wird, wenn nicht alles täuscht, dieses Urteil korrigieren. Die prodeutschen Parteien, ohne Unterschied ihrer sonstigen weltanschaulichen Gegensätze, sind ein Sauerteig; mit ihrem Nein zum Saarstatut erfüllen sie eine gesamtdeutsche Pflicht. Sie hatten, auf sich allein gestellt, und während ihnen sogar der verantwortliche Leiter der westdeutschen Politik in den Rücken fiel, einen schweren Kampf zu bestehen. Sie wollen Deutsche bleiben, ohne Saar-Franzosen zu werden. Gerade um Europas willen wollen sie sich nicht vom Muttervolk lösen und ihre Existenz im Schatten einer fremden Macht führen. So wird mit dieser Abstimmung auch ein Stück praktischer

Mehr Macht den Vereinten Nationen !

Zum zehnten Jahrestag der Vereinten Nationen, am 24. Oktober 1955, schreibt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer:

Der deutschen Sozialdemokratie ist es leichter gefallen, die Vereinten Nationen als überragender Wegweiser für ihre außenpolitischen Konzeptionen hinzunehmen, als es nach dem ersten Weltkrieg im Verhältnis zum Völkerbund der Fall war. Ideell entsprechen zwar beide Schöpfungen grundlegenden Gedankengängen der Sozialdemokratie. Der Völkerbund war aber, und blieb lange, unverkennbar die Schöpfung der gegen Deutschland militärisch siegreichen Mächte, die seine Satzung, sozusagen als Auflage, in Friedensverträge einbauten, die keinen Deutschen mit Freude erfüllen konnten.

Soweit die Vereinten Nationen auch als Schöpfung kriegführender Mächte anzusehen sind, sind sie jedenfalls nicht in einem Siegesrausch geschaffen worden. Die Vorarbeiten liefen offiziell an, als der zweite Weltkrieg noch weit davon entfernt war, entschieden zu sein. In ihrem Ursprung, wie in ihrer Gestaltung, entstammen die Vereinten Nationen der Mitarbeit einer Vielfalt von Nationen, von denen nicht alle, direkt oder indirekt, am zweiten Weltkrieg beteiligt waren.

An den Vorarbeiten waren aber nicht zuletzt beteiligt solche Überbleibsel aus der Völkerbundstruktur, wie das Internationale Arbeitsamt und andere internationale Sonderorganisationen. Weitgehend mit Recht könnte man behaupten, dass sie Ansätze und Fehlschläge der zwischenstaatlichen Organisationsarbeit aus der Zeit vor 1939, d.h. die echten Erfahrungen der um internationale Verständigung besorgten Menschheit, maßgeblicher wurden für die Organisation der Vereinten Nationen, als die engeren Interessen der Siegermächte.

Völkerverbindende Wirklichkeit

Die Stärke der Vereinten Nationen im Vergleich zum Völkerbund liegt eben darin, dass in einem weit größeren Ausmaß zwischenstaatliche Belange organisatorisch erfasst und die Beteiligung der Menschen in der Vielfalt ihrer Interessen und Bedürfnisse gesichert werden. Mitten im Weltkrieg, im Sommer 1943, versammelten Vertreter der freien Nationen sich zur Gründung der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO). Ihr folgte in demselben Herbst die Gründungskonferenz der UNRRA. So wurden die Vereinten Nationen zuerst zur völkerverbindenden Wirklichkeit.

In dieser Sicht bleiben traditionelle Souveränitätserücksichten weitgehend aus dem Spiel. So erklärt sich die Verankerung der Vereinten Nationen im Bewusstsein der Menschheit, wie es dem Völkerbund nie gelang. Den Beweis lieferte die asiatisch-afrikanische Konferenz zur Bandung in Indonesien im Frühjahr dieses Jahres in ihren Entschliessungen, die zeigen, dass es keine maßgebliche Gruppierung der Menschheit heute gibt, die ein internationales Vorhaben und seine Durchführung ohne letztliche Bindung an die Konzeption der Vereinten Nationen in die Welt setzen kann.

Während der zehn Jahre der bisherigen Existenz der Vereinten Nationen war es nicht immer so. Als die Sozialistische Internationale

im Jahre 1951 ein Bekenntnis zu den Vereinten Nationen ablegte, war diese Bindung nicht selbstverständlich. Als die SPD im September 1947 die Vorstellungen Marshalls über den Wiederaufbau Europas ohne Vorbehalt begrüßte, mußte sogar die Organisation der Vereinten Nationen außer acht gelassen werden, weil sie damals eine zweckdienliche Ausführung der Gedanken Marshalls nicht zuließen. Als aber, andererseits, die SPD die Vereinten Nationen als entscheidende Konzeption für eine deutsche Außenpolitik im Bundestag im Jahre 1953 hinstellte, war die Konzeption anscheinend immer noch nicht für alle Anwesende spruchreif.

Deutschland und die UNO

Dass Deutschland in den Vereinten Nationen bis jetzt zu kurz gekommen ist, liegt ja nicht an der Struktur und Tätigkeit der Vereinten Nationen, sondern an rein machtpolitischen Gegensätzlichkeiten und Faktoren. Immerhin ist die Bundesrepublik an einer Reihe von Sonderbehörden der Vereinten Nationen voll und aktiv beteiligt.

Es gibt eine Reihe heute handlungsfähiger Nationen, die noch nicht zugelassen worden sind. Im vollen, politischen Sinn sind die Vereinten Nationen nicht einmal selber entscheidend handlungsfähig. Es gibt dafür Gründe der unmittelbaren politischen Gegenwart und Gründe der technisch ungenügenden Gestaltung des Apparates für die Formulierung und Durchführung der letzten Entscheidungen. Beides läßt sich in der alles überragenden Problemstellung der Abrüstung erfassen.

Kernfrage: Abrüstung

Man war sich des Problems bewußt, als der Apparat der Vereinten Nationen in San Francisco endlich Gestalt erhielt. Die Mächte glaubten damals, die Lehre aus den Vorkriegserfahrungen mit dem Völkerbund ziehen zu müssen, dass die Entscheidungen sozusagen über Leben und Tod den Großmächten vorbehalten werden müßten. Unter sich brauchten sie unter dieser Voraussetzung keine engherzige Prozedur, denn, falls sie sich nicht einigen konnten, hülfe so wie so nichts.

Der unermeßliche Ausbau der Rüstungen und ihre qualitative Entfaltung, vor allem in der Atom- und der Wasserstoffbombe, haben seitdem die Auffassung vom Jahr 1945 als durch und durch fehlerhaft erwiesen. Die Großmächte suchen jetzt selber nach einem Weg, der einerseits den zweifelhaften Vorgang einer Revision der Satzung erübrigt, und andererseits den Sicherheitsbedürfnissen der Völker eine breitere und objektive Basis eröffnet.

Den Beweis liefert die Abrüstungsarbeit, die ihre ursprüngliche Zweigleisigkeit - die Atomabrüstung, dort konventionelle Abrüstung - seit 1951 durch volle Konzentration ersetzt hat. Den Beweis, dass diese internationale Laboratoriumsarbeit an der zentralen Problemstellung der heutigen Menschheit auch unermüdlich betrieben wird, liefern die diesjährigen Verhandlungen über die Abrüstung in den Vereinten Nationen, in London und in New York.

Um der Abrüstungsarbeit der Vereinten Nationen die Unterstützung der Arbeiterbewegung im internationalen Ausmaße zu verschaffen, schlug die SPD dem Kongress der Internationale in London im Juli vor, einen ständigen Ausschuss für diese Fragen einzusetzen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Bistumsgründung unter politischem Vorzeichen

G.M., Düsseldorf

Während Extremisten der katholischen Arbeiterbewegung um Ewen und Winkelheide am Wochenende in Essen versuchten, einen größeren Anhang für die Spaltung der Gewerkschaften und den Aufbau einer "christgewerkschaftlichen Bewegung" zu sammeln, wird bekannt, dass der aus den alten christlichen Gewerkschaften kommende klügere NRW-Ministerpräsident Karl Arnold mit seinen viel weitergehenden Plänen der Bildung eines katholischen Bistums Essen Erfolg gehabt und die Zustimmung des Vatikans gefunden hat. Das neue Bistum, das von Duisburg-Oberhausen bis Bockum und zum südlichen Ennepe-Ruhrkreis den wichtigsten Kern des Ruhrgebiets umfasst, wird aus Teilen der Erzbistümer Münster, Paderborn und Köln gebildet und fast drei Millionen vor allem industriell beschäftigter Menschen einschließen.

Andeutungen lassen vermuten, dass so etwas wie ein "Arbeiterbistum" geplant ist, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den katholischen Einfluss im Ruhrgebiet zu stärken, dessen Industriebevölkerung vor 1933 in hohem Maß das Zentrum wählte, während nach 1945 sich die SPD überall und selbst z.B. in dem sehr katholischen Oberhausen durchsetzen konnte. Diese Entwicklung soll jetzt gebremst werden, mit Hilfe der Kirche will die CDU versuchen, in den alten Hochburgen des Zentrum wieder das Steuer an sich zu reißen.

Dass die Gesichtspunkte des Vatikans erheblich weiter gefasst sind, darf vermutet werden, denn man entschliesst sich in Rom nur nach reiflichen Überlegungen zu einem so seltenen Schritt, wie er die Bildung eines neuen Bistums ist. Es ist dies innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums die zweite Bistumsgründung in Nordrhein-Westfalen. Bereits 1929 wurde mit dem etwas schwachen Hinweis darauf, dass Napoleon für kurze Zeit eine solche Diözese eingerichtet hatte, das neue Bistum Aachen gebildet, auch dort in einem Gebiet, das industriell im Vormarsch war und eine große Arbeiterbevölkerung aufweist. Im Ruhrgebiet dominierte bis 1945 das katholische Element, seitdem ist durch Zuwanderung von Vertriebenen ein Gleichgewicht

zwischen den Konfessionen hergestellt.

Sehr merkwürdig sind in diesem Zusammenhang zahlreiche Pressemeldungen, wonach die Stadt Essen nicht nur an die katholische, sondern auch an die evangelische Kirche mit einem Ersuchen um die Errichtung einer entsprechenden kirchlichen Oberbehörde herangetreten sei, so dass es sich für die Stadt lediglich darum handle, ihr Gewicht und ihre Bedeutung zu erhöhen, nicht aber den katholischen Einfluss zu stärken. Dazu stellte jedoch die evangelische Kirchenleitung des Rheinlandes fest, dass ihr ein solcher Schritt nicht bekannt sei. Wenn jetzt solche Behauptungen über Verhandlungen mit der evangelischen Seite in die Öffentlichkeit lanciert werden, dürfte der Grund darin zu suchen sein, dass der Eindruck schönster Harmonie und Neutralität in kirchlichen Fragen erweckt werden sollte. Das zeigt deutlicher als alles andere, wohin die Reise gehen soll: zur katholischen Missionierung des Ruhrgebiets, die, wie die Kanzelpropaganda bei zahlreichen Wahlen bewiesen hat, kaum im religiösen Raum verharret, sondern in die politische Sphäre überzugreifen pflegt.

* * *

Um die Zukunft des Bundesgrenzschutzes

-dt, Hannover

Als in diesen Tagen das Bundesgrenzschutzkommando Nord seine Manövergäste auf das blau-rote Schlachtfeld führte, suchte man vergeblich nach einem Vertreter des Bonner Verteidigungsministeriums. Schon im Vorjahren, bei den großen Donau-Manövern, fiel auf, dass das damalige Amt Blank nicht durch die erste Garnitur vertreten war, also wenig Interesse für das zeigte, was in den letzten vier Jahren in der Bundesrepublik an militärähnlichen Organisationen gewachsen war. Dass diesmal die völlige Abwesenheit des Verteidigungsministeriums die führenden Männer unter den Grenzjägern verbittert hat, wurde nicht verheimlicht.

Es ist, seit die Aufstellung einer Bundeswehrmacht in ein konkreteres Stadium trat, kein Geheimnis geblieben, dass die Männer um Blank am Bundesgrenzschutz uninteressiert sind. Weniger bekannt

sind die Gründe für dieses Verhalten. Man hört gerüchteweise, dass das Verteidigungsministerium den Bundesgrenzschutz ablehne, weil in ihm zu viel vom Geist der alten Wehrmacht restauriert worden sei. Der Außenstehende, der bei dem Versuch, in das "innere Gefüge" des BGS einzudringen, Gefahr läuft, dass ihm einige "Türken gebaut" werden, kann sich dazu schwerlich ein Urteil bilden. Aber selbst wenn man das in Rechnung stellt, bleibt manches Bedenkliche bestehen. Ob das aber für die bekundete Animosität des Verteidigungsministeriums ausreicht, ist schwer zu sagen, zumal ja auch das Verteidigungsministerium sich bisher in dem, was es am "inneren Gefüge" an überlebten deutschen Militarismus vermeiden will, bisher nur theoretisiert hat, während der Bundesgrenzschutz sich im harten Raum der Praxis bewährte. Man wird darüber eine begründete Ansicht erst dann äußern können, wenn das Verteidigungsministerium klipp und klar zu erkennen gibt, was ihm am BGS nicht gefällt.

Einweis auf die VOPC

Es geht indessen um 20 000 Menschen, was man, über alle militärpolitischen Erwägungen hinaus, nicht vergessen darf. Beim BGS häufen sich in letzter Zeit die Kündigungen der jungen Männer, die ihre Aufstiegschancen in dieser Formation verbaut sehen und sich nach einem anderen Brot umblicken, sei es bei den kommenden Streitkräften, sei es in der Wirtschaft. Das hat die führenden Männer im BGS veranlasst, ihren diesjährigen Manövern ein besonderes Gepräge zu geben. Es wurde deutlich, als in diesen Tagen Rot gegen Blau in der Lüneburger Heide kämpfte.

Durch alle militärischen und politischen Leitfäden, die die Manöver nördlich von Hannover durchzogen, leuchtete ein von der Führung bewusst gewähltes und den Manövergästen wirkungsvoll vorgeführtes Motiv, das man vielleicht auf folgende Formel bringen könnte: seht, was wir für prächtiges "Menschenmaterial" haben, und wie großartig wir es ausbilden; seht aber auch zugleich, wie miserabel wir ausgerüstet sind. Vergleicht damit die bekannte Ausrüstung und zahlenmäßige Überlegenheit der Volkspolizei und erkennt daran unsere prekäre Situation!

Sinnfällig wurde diese Demonstration vor allem an einem bestimmten Punkt an der Leine: einmal, als die Grenzjäger mit Schlauchbooten über den Fluss setzten, zum anderen als die Männer hundert Meter davon eine Brücke schlugen. Die erste Aktion, deren Erfolg allein vom Aus-

bildungsgrad und von der Eingabe der Männer abhängt, klappte vorzüglich. Die zweite Aktion erfüllte gleichwohl ihren Zweck; aber mit einem Material, das etwa dem Stande des ersten Weltkrieges entspricht, wurde eine Brücke in einer Zeit geschlagen, dass die Manövergäste allmählich die Lust am Zusehen verloren.

Was damit gemeint ist, wurde klar als bei der "Lagebesprechung" General Giese, Kommandeur des Abschnittes Nord, wie von ungefähr den Satz fallen liess, ob man sich nicht Gedanken darüber machen müsse, welches wertvolle Verteidigungspotential im Bundesgrenzschutz steckt.

Die Meinung des Bundesinnenministers

Dem Bundesinnenminister Schröder, der im Manövergelände bescheidener auftrat, als es manche seiner Kollegen bei ähnlichen Gelegenheiten tun, ist diese Problematik nicht unbekannt. Für ihn aber hängt die Zukunft des BGS nicht vom Verhalten des Verteidigungsministeriums, sondern von der internationalen Entwicklung ab. Die Kernfrage, die möglicherweise schon jetzt in Genf als ein Ausschnitt aus der Wiedervereinigungsfrage behandelt werden könnte, sei, ob es eine entmilitarisierte Zone geben könnte, in der nicht NATO-Streitkräfte, sondern vielleicht NATO-freie Polizeikräfte stationiert würden.

Der Innenminister zeigte sich nicht sehr beglückt von der jetzigen Haltung des Verteidigungsministeriums, weil die Männer um Blank, wenn sie ernsthaft mit der Aufstellung ihrer Streitkräfte beginnen, kaum eine so große Auswahl haben, wie sie es sich jetzt vorstellen. Zum anderen, weil im heutigen Stadium noch die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen, die das Verteidigungsministerium zum Verhandlungspartner für eine Übernahme des Grenzschutzes stempeln.

Während der Minister die Dinge der Zeit überlassen will, drängen die Offiziere des BGS auf eine raschere Klärung. Sie sprechen ihre Hoffnungen unverhüllt aus: Sie wollen entweder eine bindende Zusage, dass der Bundesgrenzschutz vom Verteidigungsministerium übernommen wird, oder eine Vergrößerung des BGS auf 60 000 Mann sowie eine entsprechende Ausrüstung vornehmlich mit Panzern, weil die "Gegenseite", die Volkspolizei, ihnen in diesen Dingen überlegen ist. Um diese Klärung zu beschleunigen, verheimlichen sie nicht, dass der BGS heute nicht mehr die Anziehungskraft hat, die ihm noch vor einem halben Jahr gestattet, bei der Anstellung wählerisch zu sein.

Verantwortlich: Peter Raunau